Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 83 (1989)
Heft: 11

Rubrik: Zeichen der Zeit : vor der "Jahrhundertabstimmung"

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Willy Spieler

Zeichen der Zeit

Vor der «Jahrhundertabstimmung»

Die Volksinitiative «für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik» sammelt von einer Meinungsumfrage zur andern mehr Punkte. «30 Prozent Ja wären eine ziemliche Katastrophe», warnt Zürichs ehemaliger Stadtpräsident Sigmund Widmer im Gratis-Anzeiger «Züri-Woche» (28. September). Christoph Blocher mobilisiert seine Leute gar mit der Schockprognose von «gegen 40 Prozent Ja-Stimmen» im Fall einer schlechten Stimmbeteiligung (TA, 23. Oktober). Und Divisionär Gustav Däniker sieht die «Armeebefürworter» bereits in der «Defensive» (NZZ, 25. Oktober). Grimmig-hilflose Polemik verrät die eigene Unsicherheit über die eigene Sicherheitspolitik.

«Verbrecherisches Ansinnen»

Am Parteitag der Schweizerischen Volkspartei sprach ein Delegierter von einem «verbrecherischen Ansinnen» (Zürichsee-Zeitung, 23. Oktober). Dem SVP-Mann wäre beizupflichten, hätte er damit die Volksinitiative *«pro Tempo 100/130»* gemeint, die gleichzeitig wie die Armeeinitiative zur Abstimmung gelangen wird? Wenn eine der beiden Initiativen «verbrecherisch» ist, dann diese Tempoinitiative, deren Annahme die Zahl der Verkehrsopfer noch erhöhen würde. «In den vier Jahren mit Tempo 120/80 gab es auf den Autobahnen und den Ausserortsstrassen laut Statistik insgesamt 382 weniger Tote und 2418 weniger Schwerverletzte als in den vier Jahren zuvor mit Tempo 130/100», schreibt der Bundesrat in seinen Erläuterungen zur Volksabstimmung vom 26. November. Wer also handelt «verbrecherisch», wenn nicht derjenige, der mehr Tote und Schwerverletzte in Kauf nimmt, nur um ein paar Kilometer schneller fahren zu dürfen?

Aber «natürlich» dachte unser SVP-Mann nicht an die Tempoinitiative, als er gegen das «verbrecherische Ansinnen» polemisierte. Vielleicht gehörte er sogar zu jenem Drittel der Parteitagsdelegierten, das sich für die Unterstützung dieses Volksbegehrens aussprach. Nein, unter das Verdikt «verbrecherisch» fiel die Armeeinitiative. Der Parteitag bodigte sie mit 236 zu 0 Stimmen.

Der *Widerspruch* ist verdächtig: Dieselben, die im Fall der Tempoinitiative das Leben geringschätzen, kämpfen am militantesten für die Armee, die angeblich Leben schützen soll. Ähnliche Widersprüche wiederholen sich im Zusammenhang mit der Asyl- und Drittweltpolitik. Wer nach «Notrecht» zur Abwehr von Asylsuchenden ruft, egal ob diese Menschen dadurch an Leib und Leben gefährdet würden, gehört mit Sicherheit zu jenen, die besonders lautstark für die Armee eintreten, weil sie angeblich auf dieses Instrument der «Notwehr» für Leib und Leben nicht verzichten wollen. Auch der Hunger in der Welt stösst im helvetischen Spätmilitarismus auf grausamste Herzenskälte. Sonst wäre die Rechnung rasch gemacht, dass die zehn Milliarden, die wir jährlich für die Armee ausgeben, in der Dritten Welt jedes Jahr mehr Menschen vor dem Hungertod retten könnten, als sich in der Schweiz je gegen einen äusseren Feind «verteidigen» liessen.

Der Widerspruch lässt sich erklären: Erich Fromm hat für ein Verhalten, das den Tod dem Leben und Totes dem Lebendigen vorzieht, auch wenn das Gegenteil behauptet wird, den Begriff der *Nekrophilie* geprägt. «Das ausschliessliche Interesse an allem, was rein mechanisch» ist, verbindet sich mit der «Leidenschaft, das, was lebendig ist, in etwas Unlebendiges zu verwandeln»[1]. Der nekrophile Charakter liebt die tote Materie mehr als das Leben, die Autos und die Waffen mehr als die Menschen, die

er diesen Götzen opfert, den materiellen Wohlstand mehr als die Flüchtlinge und die Hungernden, mit denen er ihn teilen sollte. Würde die Tempoinitiative angenommen und die Armeeinitiative massiv abgelehnt, das Verdikt über eine nekrophile Schweiz könnte schlimmer nicht ausfallen.

Im Ausland: «Ungläubigkeit, Kopfschütteln und Irritation»

Auch der Parteitag der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz hat die Armeeinitiative einstimmig, die Tempoinitiative dagegen nur mit 90 zu 47 Stimmen abgelehnt. Bundesrat Kaspar Villiger argumentierte aussenpolitisch: Allein schon die Tatsache, dass eine Initiative zur Abschaffung der Armee überhaupt zustande gekommen sei, habe im Ausland «Ungläubigkeit, Kopfschütteln und Irritation» ausgelöst. «Sicherlich», so Villiger «können wir die Scharte auswetzen, aber nur dann, wenn die Initiative sehr deutlich verworfen wird» (sda, 21. Oktober).

Auf *welches* Ausland beruft sich Herr Villiger? «Bohrende Fragen ausländischer Verteidigungsminister hätten ihm gezeigt, dass ein Land ohne Armee politisch einfach *nicht ernst* genommen werde», berichtet die NZZ (23. Oktober). Ist von diesen Verteidigungsministern etwas anderes zu erwarten? Sind sie es doch, die befürchten, dass die Initiative «den innenpolitischen Kräften die in Westeuropa für einseitige Abrüstung sind, Rückenwind» geben wird. Der so aus der Schule plauderte, war der bundesdeutsche «Sicherheitsexperte» Michael Stürmer am Parteitag der SVP (TA, 23. Oktober). Stürmer befürchtet – aus seiner Sicht wohl zu Recht –, in der BRD und bei den «Nato-Verbündeten Belgien, Niederlande und Dänemark» seien die «Mehrheitsverhältnisse» für die Armee «sehr viel knapper als in der Schweiz». Damit hat der Gastreferent zugleich die Frage beantwortet, inwieweit Villigers Ministerkollegen den Willen der Völker vertreten, über die sie regieren.

Das «Ausland», das den Stand der «Gruppe Schweiz ohne Armee» (GSoA) an der Basler Kirchen-Versammlung «Frieden in Gerechtigkeit» besucht hat, zeigte sich von einer ganz anderen Seite als die zitierten «Verteidigungsminister»[2]. Und in der BRD gibt es neuerdings einen «Bund für Soziale Verteidigung», der nach dem Beispiel der GSoA ebenfalls die Abschaffung der Bundeswehr auf die politische Tagesordnung setzen will. Kollektivmitglieder des Bundes sind u.a. Pax Christi, Versöhnungsbund und die Partei der Grünen. Präsidiert wird er von der grünen Abgeordneten Petra Kelly und vom Friedensforscher Theodor Ebert. Doch für Bundesrat Villiger gehört das offenbar alles nicht zum «Ausland».

Von «Ausland» ist erst dann wieder die Rede, wenn die Meldung durch den Fernschreiber tickt, dass die westdeutschen Grünen die GSoA im Abstimmungskampf finanziell unterstützen würden. «Bestürzung und Entrüstung» mimte das Aktionskomitee gegen die Armeeinitiative (NZZ, 5. Oktober), das seine klammheimliche Freude über diese unerwartete Munition im Abstimmungskampf nur schwer verbergen konnte. Die Meldung hat sich zwar als falsch erwiesen. Dessenungeachtet verrieten die Reaktionen einen weiteren Widerspruch: *Einmischung des Auslandes* ist durchaus willkommen, aber nur, wenn sie die Armeebefürworter unterstützt. Die «Wirtschaft», die finanzielle Mittel gegen die Armeeinitiative locker macht, besteht längst nicht mehr nur aus schweizerischem Kapital. Gegen diese «Unterwanderung» aber hat das politische Bürgertum offenbar nichts einzuwenden. Mehr noch: Die verkappten Drohungen des französischen Verteidigungsministers und «linken Chauvinisten» (TA, 4. September) Jean-Pierre Chevènement gegen eine Schweiz ohne Armee wurden von offizieller Seite durchaus nicht mit «Bestürzung und Entrüstung» zurückgewiesen, sondern von Bundesrat Villiger genüsslich weiterverbreitet. Auch alt Bundesrat Friedrich beruft sich auf das Gerede «französischer Militärs», «dass Frankreich unseren Mittellandkorridor notfalls mit seinen Atomwaffen sperren müsste» (Zürichsee-Zeitung, 12. Oktober).

«Im altbekannten Stil linker Heilslehrer»

Gustav Däniker wirft den Initianten im erwähnten NZZ-Artikel vor, dass sie «erklärtermassen eine ‚andere Schweiz' anvisieren». Mehr noch: «Im altbekannten Stil lin-

ker Heilslehrer» würden «die Initianten, wäre die Armee nur erst abgeschafft, paradiesische Zustände verheissen». Es folgt die Klage: «Figuren aus verschiedensten Subkulturen, die in der eidgenössischen Politik wegen ihrer radikalen Positionen bisher kaum eine Rolle spielten, führen heute weit herum das grosse Wort.» Die Medien stellten diese «Figuren» dank dem «Fetisch der Ausgewogenheit» gar «auf eine Stufe mit Sachverständigen und jenen, die dem Land seit langem in verantwortungsvollen Positionen dienen» – und dies «meist ohne Situierungshilfe für das Publikum». Däniker fragt sich besorgt, wie es denn noch möglich sein sollte, dass «die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, denen man seit Monaten suggeriert, sie könnten in guten Treuen zweierlei Meinung sein, der Initiative für eine Schweiz ohne Schweizer Armee jene wuchtige Abfuhr erteilten, die sie verdient».

Zu sagen, dass eine Schweiz ohne Armee eine *andere Schweiz* wäre, ist schon beinahe ein Pleonasmus; zumal von seiten der Armeebefürworter bis hin zum Bundesrat betont wird, die Schweiz habe keine Armee, sondern sei eine Armee. Die Alternative zu dieser Armeeschweiz müsste in der Tat eine andere Schweiz sein: eine Schweiz, die weniger egoistisch, weniger gewaltgläubig, weniger «nekrophil» wäre, dafür solidarischer im Umgang mit den Randgruppen im eigenen Land und gegenüber den Armen in der Dritten Welt. Das wäre gewiss eine legitime Hoffnung, die sich mit der Abschaffung der Armee und den dadurch freiwerdenden zehn Milliarden Franken verbinden würde. Nur hat das wenig mit einer «linken Heilslehre» im Sinne des Feindbildes von Herrn Däniker zu tun. «Paradiesische Zustände» folgen aus der Armeeabschaffung nicht «ex opere operato» (um hier einen Begriff aus der alten katholischen Sakramentenlehre zu verwenden). Im Gegenteil, die umfassende Friedenspolitik wäre erst noch zu entwickeln und durchzusetzen – nicht zuletzt gegen die unterlegene Minderheit.

Herr Däniker lässt durchblicken, dass für ihn die Annahme der Initiative einem «kalten Staatsstreich» gleichkäme. Wenn es aber in unserem Land eine Institution gibt, die den *kalten Staatsstreich in Permanenz* organisiert, dann ist es die Armee, die sich nicht nur selbst für unfehlbar hält, sondern auch die wehrpflichtigen Männer indoktriniert, als ob es nur die eine, die absolute, die Armeewahrheit gäbe, und dadurch den freien demokratischen Diskurs behindert, wenn nicht verunmöglicht. Divisionär Däniker gibt in seinem Artikel ein Beispiel, wie sich die Armee das Funktionieren der Demokratie vorstellt: «Ausgewogenheit» in den Medien dürfte sich nicht auf irgendwelche «Figuren» aus der «Subkultur» erstrecken, sondern müsste innerhalb des Konkordanzsystems stattfinden. Wer Sachverstand habe, entscheiden die Sachverständigen bzw. diejenigen, die sich dafür halten, selbst. Der Armee-Experte ist stets im Besitz der Wahrheit, der Kritiker aus der «Subkultur» ist es zum vornherein nicht. Die Medien dürfen die «Subkultur» zwar auch gnädigst zu Wort kommen lassen, aber natürlich nicht «ausgewogen» und nur mit einer «Situierungshilfe für das Publikum». Statt autonom über die Existenzberechtigung der Armee entscheiden zu können, soll der «Souverän» durch «situierende» Medien soweit bevormundet werden, dass die Demokratie möglichst keine Chance mehr bekommt.

Däniker steht mit seiner Auffassung von *manipulierter Demokratie* nicht allein. 1985 hat der damalige Ausbildungschef der Armee, Roger Mabillard, aus jedem Journalisten einen «potentiellen Gegner» gemacht und das Instruktionskorps «auch auf politischem Gebiet» zur «Elite» erklärt.[3] 1981 grenzte Jürg Zumstein als Generalstabschef seine «christliche Armee» von der unchristlichen Friedensbewegung ab: «Auf der Strasse wachsen in diesem Staat nicht die guten Dinge.» Und für Bundesrat Chevallaz war die «Fernsteuerung» dieser Friedensbewegung «unbestreitbar».[4]

Der Weg aus der Armeeschweiz wäre noch lange kein Weg ins Paradies, aber wenigstens ein Weg zur Demokratie, der endlich verwirklichten, lebendigen, anstelle der nur formalen, «real existierenden».

1 Vgl. Anatomie der menschlichen Destruktivität, Stuttgart 1974, S. 195ff.
2 Vgl. Beat Rüegger, Rückblick in Freude, in: NW 1989, S. 229ff.
3 Vgl. Zeichen der Zeit, in: NW 1985, S. 272f.
4 Vgl. Stichwort «Sicherheitspolitik», in: NW 1982, S. 89.